

Rede von Bernd Mentgen zum Kreishaushalt 2018 vor dem Kreistag

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrter Landrat,

sehr geehrte Abgeordnete,

entgegen der Aussage des LR sehe ich schon Alternativen für den Haushalt. Gerd hat es bereits angemerkt.

Jeder 4. Beschäftigte befindet sich in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis. Innerhalb von 20 Jahren hat sich diese Zahl verdoppelt. Dabei hat sich die Leiharbeit mehr als verdreifacht. Sie erhöhte sich um 335 %. Die geringfügige Beschäftigung stieg um 130 %. Die befristeten Beschäftigungsverhältnisse haben sich fast verdoppelt und die Teilzeitbeschäftigung unter 20 Stunden stieg um knapp 50 %.

Von Arbeitslosigkeit waren in der Grafschaft laut letzten Meldungen 2408 Menschen betroffen. Das waren 3,2 %. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich beläuft sich die Arbeitslosigkeit zwischen 8 und 9 %, weil Unterbeschäftigte aus der Statistik der Arbeitslosen herausgerechnet werden. Dafür habe ich kein Verständnis.

Bei den durchschnittlichen Bruttolöhnen nimmt Niedersachsen im Lohnvergleich unter den westlichen Ländern den vorletzten Platz ein. Nur in Schleswig-Holstein werden noch niedrigere Löhne unter den westdeutschen Bundesländern gezahlt.

Frauen bekommen noch immer rd. 21 % geringeren Lohn, als Männer.

Immer mehr Menschen sind auf **mehr** als einen Job angewiesen.

In der Grafschaft Bentheim benötigen derzeit 10.000 Menschen Unterstützung vom Staat. Das sind rund 7,5 %. Hier ist ein Anstieg bei den Hartz-IV-Empfängern von 8,4 % zu verzeichnen. Die Anzahl der „Aufstocker“ und Bezieher von Arbeitslosengeld-II in der Grafschaft Bentheim hat zugenommen.

Kinderarmut und Altersarmut nehmen rasant zu. Schon jetzt ist jeder fünfte über 55 Jahren von Altersarmut bedroht. Der Anteil der Kinder in Deutschland, die unter der Armutgefährdungsgrenze liegen, ist 2016 auf über 20 % gestiegen. Bundesweit sind das 2,7 Mio. **zwei Komma sieben Millionen** Menschen unter 18 Jahren.

Jeder 9. ist in der Grafschaft Bentheim überschuldet.

In der Grafschaft werden Wohnungen immer teurer.

In den vergangenen Jahrzehnten führte dieser negative Trend dazu, dass junge Menschen sich gegen Kinder entschieden. Sie resignierten vor dieser Entwicklung und fanden keinen Mut, Kinder in die Welt zu setzen. Die Bevölkerung ging zurück. Auch in der Grafschaft Bentheim konnte dieser Trend beobachtet werden. Belegt wurde dies durch das Wohnraumversorgungskonzept.

Bei den jungen Menschen, die sich trotzdem für Kinder entschieden haben, **müssen** immer häufiger beide Elternteile aus finanziellen Gründen Geld verdienen. Es werden immer mehr Kinder unter 3 Jahren in Krippen angemeldet. Die Kapazitäten reichen nicht aus. Die Kommunen müssen weitere Kitas und Krippen bauen, um den Bedarf decken zu können.

Ein weiterer Trend ist auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Die Arbeitgeber beklagen vermehrt, dass sie keine Fachkräfte mehr finden. Sie kritisieren auch, dass die Schulabgänger immer öfter nicht ausbildungsfähig sind. Unter den Arbeitgebern findet ein Kampf um die Köpfe statt. Logischer Weise haben dabei die Schulabgänger mit den besten Zeugnissen die besten Chancen.

Welche Bedeutung haben diese Ausführungen nun für den Landkreis?

Gute Bildung ist die Voraussetzung, um aus negativen Lebensumständen auszubrechen.

Wer eine gute Bildung genossen hat, dem eröffnen sich bessere Chancen auf eine qualifizierte Beschäftigung. Die wiederum garantiert eine höhere Bezahlung, die es auch ermöglicht, Kindern eine auskömmliche Zukunft und später ein Alter in Würde zu erreichen.

Nicht nur die Eltern, auch die Grafschafter Kommunen nehmen Einfluss auf die Zukunft ihrer Bewohner. Sie legen unter anderem durch eine gute Bildung die Grundsteine für das spätere Leben der Bewohner.

Bildung beginnt aber nicht erst mit dem ersten Schuljahr. Inzwischen wissen wir alle, dass Bildung bereits im frühen Kindesalter beginnt. Das bedeutet, dass die Betreuung der Kinder in Krippen, Tagesstätten und von Tagesmüttern und -vätern **Bildung** darstellt.

Die Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder in den Krippen und Kitas liegen in der Grafschaft monatlich zwischen 85 und 391 Euro, für Durchschnittsverdiener (2500 Euro brutto, plus 450 Euro) zwischen 138 – 199 Euro, je nach Verdienst und Ort der Betreuungseinrichtung.

Wie zuvor ausgeführt, liegt Niedersachsen im Lohnniveau bei den westdeutschen Ländern aber am Ende der Skala. Innerhalb Niedersachsens steht die Grafschaft ebenfalls mit am Ende der Skala. Damit sind die Belastungen der Eltern für die Betreuung und damit auch der Bildung der Kinder im Vorschulalter sehr hoch. Schon für zwei Kinder gehen dann in der Regel die Mütter, allein für die Kosten der Kinderbetreuung arbeiten.

Das führte dann ja auch dazu, dass Eltern gegen die hohen Kita-Beiträge protestierten.

Wenn wir die Grundbedingungen und die Chancengleichheit für unsere Kinder verbessern wollen, dann müssen wir auch bei der Bildung ansetzen. Eine gute Bildung erhöht die Chancen auf ein menschenwürdiges Leben und Alter.

Bildung aber darf nichts kosten.

Eltern wünschen sich für die Zukunft ihrer Kinder bessere Voraussetzungen und eine frühzeitig beginnende Bildung. In der Presse konnten wir in den letzten 12 Monaten wiederholt lesen, dass immer mehr Eltern ihre Kinder in die Betreuung geben. Inzwischen befinden sich ca. 25 % der unter 2-jährigen Kinder in einer Betreuung. Die angemeldeten Bedarfe, insbesondere bei der Krippenbetreuung, können derzeit sogar nicht mehr gedeckt werden.

Die CDU in Nordhorn wollte die Kita-Beiträge senken, wie Andre Mühlstegen mehrfach über die Presse verlauten ließ.

Die rot-schwarze Koalition in Niedersachsen vereinbarte nun die Beitragsfreiheit für die Betreuung der Kinder von 3 – 6 Jahren. Die Betreuung der Kinder **unter** 3 Jahren bleibt von der Entscheidung der Koalition unberührt.

Bleibt also festzuhalten,

- dass die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren für die Eltern weiterhin beitragspflichtig bleibt und
- dass in der Grafschaft Bentheim mehr Betreuungsplätze geschaffen werden müssen.

Wie wir in den Ausschusssitzungen zu dem Haushalt, über den wir hier heute beraten, erfahren haben, fließen die Steuern infolge der guten Wirtschaftssituation in ungebremst hohem Maße. Die Einnahmen überstiegen wiederholt die Erwartungen. Die Kreisumlage kann daher sogar um 3 % gesenkt werden.

Der Landrat sprach eben auch wieder von Rekordeinnahmen. Er sprach sogar von einem Graftschafter Wirtschaftswunder.

Die SPD-Fraktion hat daher den Antrag gestellt, dass die Verwaltung dem Jugendhilfeausschuss bis zum 30.06.2018

- a) Modellrechnungen vorlegt, aus denen hervorgeht, welcher Mittelansatz, notwendig ist, damit die Kommunen keine Elternbeiträge für die Krippen und die Tagespflege mehr erheben müssen **und**
- b) ein Konzept mit mehreren Modellrechnungen für verschiedene Varianten vorlegt, aus dem sich ergibt, wie die **Kommunen** des Landkreises beim Defizitausgleich für die Kita, Krippen und bei der Tagespflege entlastet werden können.

Dieser Antrag beinhaltet für den Haushalt 2018 **keine** zusätzlichen Finanzmittel. Es sollen lediglich Modelle für zukünftige Entlastungen der Eltern und der kreiseigenen Kommunen entworfen werden.

Die Entlastung der Kommunen darf nicht bei der Kreisumlage enden.

Die KITA-Gebühren werden nun durch das Land übernommen, sodass Gelder für die Krippenbetreuung und die Schaffung von Betreuungsplätzen frei werden.

Vor dem Hintergrund, dass auch die CDU, vertreten durch Herrn Mühlstegen, in der Presse die Senkung der KITA-Gebühren eingefordert hat, appelliere ich daher an Sie, zum Wohle und für eine gesicherte Zukunft unserer Kinder, diesem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.